

Stadt Freiburg im Breisgau, Oberbürgermeister
Postfach, D-79095 Freiburg

1.

Les Fils et Filles des déportés juifs de France
Beate und Serge Klarsfeld
32, rue de la Boétie
75008 PARIS
FRANKREICH

Oberbürgermeister

Adresse: Rathausplatz 2 - 4
D-79098 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 201 - 1000
Telefax: 0761 / 201 - 1099
Internet: www.freiburg.de
E-Mail: ob-buero@stadt.freiburg.de

Freiburg, den 24. November 2017

Platz der Alten Synagoge Freiburg Ihr Schreiben vom 25.10.2017

Sehr geehrte Frau Klarsfeld,
sehr geehrter Herr Klarsfeld,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 25. Oktober 2017, in dem Sie sich kritisch mit mehreren Details der deutsch-jüdischen Erinnerungskultur in Freiburg auseinandersetzen und Hinweise zur Gestaltung des deutsch-jüdischen Dialogs geben.

Ich kenne und schätze Sie als die europaweit bekanntesten und profiliertesten Rechercheure untergetauchter sowie unentdeckter Naziverbrecher, die bei ihrer Arbeit mit großer Akribie vorgehen. Umso erstaunter war ich darüber, wie wenig die Inhalte Ihres Schreibens die tatsächliche Situation hier vor Ort und die bisherigen Verfahrensläufe widerspiegeln. Nicht nur als Oberbürgermeister von Freiburg, sondern auch als geschichtsbewusster Mensch, der sich der Verantwortung der Nachfolgegenerationen der Naziherrschaft sehr wohl bewusst ist, macht es mich zutiefst betroffen, welches Bild hier vom heutigen Freiburg gezeichnet wird, das, ich muss es sagen, in keiner Weise der Realität entspricht.

Nach Erscheinen eines Artikels in der Badischen Zeitung (BZ) am 15.11.2017, der auf Ihren Brief Bezug nimmt, haben mein Büro zahlreiche empörte Anrufe erreicht (unter anderem auch von Mitgliedern der Israelitischen Gemeinde), die in Ihrer so geäußerten Kritik nicht nur das vielfältige und jahrzehntelange Engagement der Stadt ausgeblendet sahen, mit einer lebendigen Erinnerungskultur an die damaligen Verbrechen und der hieraus erwachsenden Verantwortung der nachkommenden Generationen zu erinnern, sondern auch in Bezug auf die aktuelle Situation, was die Darstellung des Verfahrens zur Gestaltung des Platzes der Alten Synagoge betrifft.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, Ihnen jedes Detail nachvollziehbar erläutern zu können und würde mich deshalb sehr freuen, Sie demnächst hier in Freiburg begrüßen zu dürfen.

Gerne würde ich Ihnen das nun schon fast zwei Jahrzehnte andauernde Verfahren zur Platzgestaltung vorstellen, die Beweggründe und auch Sachzwänge, die mit dieser Planung verbunden waren, als auch den im August der Öffentlichkeit übergebenen Platz selbst, auf dem in einem Teilbereich ein würdiger Erinnerungsort geschaffen worden ist.

Zunächst möchte ich aber exemplarisch zu einigen Hauptpunkten Ihrer Kritik Stellung nehmen, um Ihnen anschließend auch einen konkreten Überblick zur Erinnerungskultur der Stadt Freiburg zu geben:

Im Rahmen einer sog. Planungswerkstatt im Jahr 2004 (die ersten Vorüberlegungen reichen allerdings zurück bis 1998) wurde als eine Grundlage der zukünftigen Platzgestaltung unter anderem auch das Thema „Sichtbarmachen der ursprünglichen Synagoge im Stadtraum“ bearbeitet. Dies geschah bereits damals unter Beteiligung von Frau Prof. Dr. Stefanie Endlich, Berlin, die sich professionell mit der Thematik der Erinnerungskultur beschäftigt und Ihnen eventuell bekannt ist. Wir hatten Frau Prof. Endlich eingeladen, da uns die erforderliche große Sensibilität im Umgang mit diesem historischen Ort und den Ereignissen sowie der hieraus entstandenen Verantwortung für uns als Stadt sehr bewusst war.

Folgende Kernaussagen wurden von einem großen Teilnehmer_innenkreis unter Beteiligung der jüdischen Gemeinde getroffen:

- der Platz will vor allem ein (Stadt-)Platz sein; dieser ist deutlich größer als die ursprüngliche Synagoge.
- Das Erinnern soll Teil des Gesamtkonzeptes sein, dieses aber nicht dominieren.
- Erinnern kann in Form einer visuellen Markierung erfolgen, dezentral in Form von „Fragmenten“, durch Sichtbarmachung von Spuren oder durch künstlerische Gestaltung.
- Neben dem Erinnern ist Information wichtig; diese sollte mit Freiburger Bezug erfolgen, im Sinne von: Hier stand eine Synagoge, sie wurde von den Nazis zerstört. Heute gibt es wieder jüdisches Leben in der Stadt, mit neuer Synagoge in der Nußmannstraße

Aus der Diskussion wurde zudem festgehalten:

- „Eine Synagoge ist kein sakraler Bau, kein geweihter Ort.
- Ein Platz der Begegnung passt zur Funktion der Synagoge im Sinne von „Knesset“: Ort der Begegnung.
- Das Erinnern soll der Lebendigkeit des Platzes nichts nehmen.
- Unterschiedliche Akzente im Publikum gab es hinsichtlich der Fragen: Wollen wir Erinnern oder Mahnen? Und welchen Anteil am Gesamtcharakter des Platzes soll die Erinnerung/das Mahnen einnehmen?“

(aus: Dokumentation Planungswerkstatt „Platz der Alten Synagoge“ 26.11./03.12.2004)

Sie äußern Ihr Unverständnis über „die unwürdige frühe Darstellung in Gemeinderatsunterlagen, die Synagoge sei kein Sakralbau gewesen“. Ich möchte betonen, dass diese Einschätzung nicht auf die Stadt Freiburg zurückgeht, sondern vom damaligen Landesrabbiner als auch von der damaligen Vorstandsvertreterin der Israelitischen Gemeinde Freiburg so zu Protokoll gegeben worden ist (und in dem o. g. BZ-Artikel auch nochmals mit den Worten bestätigt wurde, „... , dass nach rabbinischem Verständnis der einzige Sakralbau der Tempel ist – die Synagoge ist nicht sakral“). Es handelt sich hier um ein übliches Verfahren, bei dem sich die Stadt Freiburg zur Beurteilung eines Details innerhalb eines Planungsprozesses der sog. Träger öffentlicher Belange bedient und zu dieser Frage war und ist dies die Israelitische Gemeinde.

Unabhängig davon, dass ich an der inhaltlichen Belastbarkeit und Verlässlichkeit der damaligen Verfahrensbeteiligten keinerlei Zweifel habe, da mir beide Personen aus zahlreichen Begegnungen bestens bekannt sind und ich diese auch sehr schätze, so möchte ich mich nicht in innerjüdische Auslegungsdiskussionen einbringen. Gleichwohl wurde der Gedanke einer Profanierung nicht außer Acht gelassen. Nach nochmals aktueller Prüfung durch das städtische Rechtsamt in anderem Zusammenhang wäre eine Planung unter Berücksichtigung dieses Aspektes nur dann problematisch, wenn die Grenze zu einer möglichen Entweihung tangiert wäre. Die grundsätzliche Nutzung des Grundstücks als städtischer Platz mit einem Brunnen, der zudem in seinen Umrissen an die zerstörte Synagoge erinnert, unterliegt solchen Bedenken nicht. Anders hätte es sich verhalten, wenn das Grundstück, wie unmittelbar nach Kriegsende geschehen, weiterhin als Parkplatz genutzt werden würde. Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihre Wertung „Das ist eine klar abwertende, profanierende und damit banalisierende Deutung“ mit aller Deutlichkeit zurückweisen.

Die Ergebnisse der oben skizzierten Planungswerkstatt fanden schließlich auch Eingang in den damaligen Realisierungswettbewerb. In der Dokumentation der Wettbewerbsergebnisse aus dem Jahr 2006 wurde unter der Überschrift „Besondere Gesichtspunkte die die Nutzung des Platzes mitbestimmen“, festgehalten: „... Die Fundamente der Alten Synagoge sind nach der Zerstörung 1938 und der Neuplanung nach dem 2. Weltkrieg beseitigt worden. Ziel ist es an diesen Standort zu erinnern, zu informieren unter Bezug auf die Situation in Freiburg und das heutige jüdische Leben in der Stadt, vielleicht auch zu mahnen, vor allem aber einen Ort der Ruhe, der Besinnung und Begegnung zu gestalten.“

Die jetzige Platzgestaltung deckt sich weitestgehend mit den damals erzielten Gesamtergebnissen, wobei die Begrifflichkeit „ein Ort der Ruhe und Besinnung“ sich zweifellos in einem Spannungsverhältnis zur „Gestaltung eines Orts der Begegnung“ befindet. Es handelt sich hier um einen klassischen Zielkonflikt, der sich zwar ein Stück weit auflösen lässt, aber in Reinform beides zu erreichen, wird nach meiner Einschätzung auf einem zentralen Platz für die Gesamtstadt, der noch viele andere Funktionen erfüllen soll, nicht möglich sein.

Was die Nutzung des Platzes und insbesondere das Verhalten Einzelner (vor allem in den heißen Augustwochen des vergangenen Sommers) im Bereich des Brunnens betrifft, haben wir seitens der Stadtspitze und des Gemeinderats ebenso dringenden Nachbesserungsbedarf gesehen wie die jüdischen Gemeinden, weshalb wir am 06.11.2017 zwei Informationstafeln am Wasserspiegel montiert haben, die auf die besondere Bedeutung des Bauwerks und auf ein respektvolles Verhalten hinweisen. Bei Interesse können Sie sich über den Link: www.freiburg.de/altesynagoge über den genauen Text und weitere hinterlegte Daten informieren.

Wir hoffen, mit den jetzt eingeleiteten Maßnahmen die Menschen, die sich im Bereich des Wasserspiegels aufhalten, zu einem angemessenen Verhalten bewegen zu können, das einem Ort des Erinnerns gerecht wird.

Was den Umgang mit den gefundenen Fundamentresten betrifft, so treffen Sie in Ihrem Schreiben Aussagen, die von „die Fundamente wurden offen gelegt und in einer Blitzaktion, ohne viel Federlesens mit Geotextil abgedeckt“ reichen bis hin zu der Zuspitzung „Dieses Vorgehen war berechnend und widerspricht guten Sitten in einem offenen Austausch von Interessen“, oder „diese Aktion war nur eine logische schändliche Folge“. Auf diese polemische Wortwahl möchte ich nicht näher eingehen. Fakt ist, dass mit der jetzigen Vorsitzenden der Israelitischen Gemeinde und ihrem Rechtsbeistand in mehreren Gesprächen unter Beteiligung der Ingenieure unseres Garten- und Tiefbauamtes, als auch Sachverständigen des Landesamtes für Denkmalschutz die bautechnisch sehr eingeschränkten Möglichkeiten eines Sichtbarmachens der Fundamentreste (mit Blick auf deren Qualität) und der damals geplante zeitliche Fortgang umfänglich diskutiert und erläutert worden sind. Ergänzend haben wir dazu eine Informationsveranstaltung in der Synagoge angeboten, natürlich mit russischer Übersetzung, da wie Sie vermutlich wissen, eine Vielzahl der Israelitischen Gemeindeglieder aus den früheren Sowjetstaaten zu uns nach Freiburg gekommen sind. Wie sich in der Folge gezeigt hat, waren die Vermittlung dieser Informationen und die hergestellte Transparenz offensichtlich nicht von Erfolg gekrönt.

Sie können davon ausgehen, dass es sich weder die Stadtverwaltung, noch das Landesamt für Denkmalschutz und vor allem auch nicht der Freiburger Gemeinderat leicht gemacht haben, nachdem bei den Bauarbeiten die Fundamentreste entdeckt worden sind. Unter Abwägung aller Gesichtspunkte hat sich der Gemeinderat in seiner Beratung am 15.11.2016 mit großer Mehrheit dem Votum der Verwaltung angeschlossen, die Bauarbeiten fortzusetzen und das ca. 300 qm große Wasserbecken in den Grundrissen der zerstörten Synagoge wie geplant zu errichten.

Aktuell haben wir nochmals ein Gutachten in Auftrag gegeben, das abschließende Klarheit über die Verwendungsmöglichkeiten der abgetragenen Fundamentreste geben soll. Dieses liegt nun im Entwurf mit Datum November 2017 vor - was die Qualität der Steine betrifft, allerdings bereits abschließend - und kommt zu einem eindeutigen Ergebnis. Der Bauforscher Stefan King schreibt: „Es darf angenommen werden, dass es sich bei den geborgenen Fundamentsteinen um solches Abraummateriale handelt, das damals (Exkurs: zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts) kostengünstig mit der Eisenbahn herangeführt werden konnte“..... „Die geschilderte Materialeigenschaft und dessen vermutliche Herkunft führen zu einem augenfälligen Gegensatz zwischen der schlechten Qualität des Steinmaterials auf der einen und der symbolischen Bedeutung als Reste des zerstörten Synagogengebäudes auf der anderen Seite. Das Steinmaterial eignet sich weder für Werksteinarbeiten, noch kann es ungeschützt dauerhaft der Witterung ausgesetzt werden. Insbesondere mit den beige Steinen ist kaum etwas anzufangen, denn sie zerbrechen teilweise sogar unter dem schützenden Dach, wogegen die rötlichen einen kompakteren Eindruck machen“.

Dieses Gutachten wird in das Moderationsverfahren mit den beiden Jüdischen Gemeinden einfließen, das wir auf Basis eines Gemeinderatsbeschlusses vom 25.07.2017 jetzt im Herbst gestartet haben. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichsten Erwartungshaltungen und der zum Teil kontrovers geführten öffentlichen Diskussionen haben wir für einen extern moderierten Dialog plädiert, um zu klären, was mit den entnommenen Steinen geschehen soll.

Wichtig war uns dabei, die Vertreter_innen beider jüdischen Gemeinden, also die Israelitische Einheitsgemeinde und die Egalitäre Jüdische Chawurah Gemeinde als Hauptakteure zu beteiligen. Wie Ihnen eventuell bekannt ist, wurde die zerstörte Synagoge bis 1938 von einer Gemeinde genutzt, die wie die Gescher Gemeinde ihre Gottesdienste nach liberalem Ritus gefeiert hatte. Damals hatte die zahlenmäßig wesentlich kleinere Gruppe der Freiburger orthodoxen Juden unter demselben Dach ihren Platz gefunden. Uns war und ist es wichtig, in einem vertrauensvollen Umfeld Ideen zu entwickeln, was mit den zum Teil abgetragenen Fundamentresten der ehemaligen Synagoge erfolgen soll. Die Ideen, die in diesem Prozess entstehen, werden anschließend sicherlich von einer breiten Öffentlichkeit diskutiert und ich bin mir sicher, dass in dem weiteren Prozess auch der ein oder andere von Ihnen formulierte Vorschlag aufgegriffen und erörtert werden wird. Wir möchten diesem Prozess jedoch nicht vorgreifen, weshalb Sie verstehen werden, dass ich nicht im Einzelnen auf die vielen Vorschläge eingehe, die mich gegenwärtig zu diesem Thema erreichen.

Ich möchte Ihnen diesen Sachverhalt in dieser Ausführlichkeit darstellen, ist er doch exemplarisch dafür, dass wir uns mit großer Sorgfalt der Verantwortung der deutschen und der Freiburger Geschichte stellen. Wie bereits erwähnt, möchte ich deshalb auch die Gelegenheit nutzen Ihnen noch aufzuzeigen, was die Stadt Freiburg im Bereich der Erinnerungskultur unternimmt bzw. unternommen hat, da diese offensichtlich durch die öffentlich geführte Diskussion zum Umgang mit den Fundamentresten der ehemaligen Synagoge in Misskredit geraten ist. Denn gemeinsam mit Vertreter_innen der jüdischen Gemeinden, den Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, diversen Vereinen und Opfergruppierungen setzen wir uns immer wieder mit den Ansprüchen an eine angemessene Gedenk- und Erinnerungskultur auseinander und organisieren entsprechende Veranstaltungen.

Zu den Freiburger "Formaten" des Erinnerns und Mahnens zählen, wie eigentlich in allen deutschen Städten üblich, z. B. die Gedenkveranstaltungen am **Jahrestag der Befreiung von Auschwitz (27. Januar)** sowie die am **9. November, an dem wir der Opfer der Reichspogromnacht und der Opfer des NS-Regimes** gedenken. Daneben erinnern wir jährlich am 22. Oktober an die Deportation der Badischen und Saarpfälzer Juden nach Gurs, in diesem Jahr mit einer bewegenden Veranstaltung auf dem Stühlinger Kirchplatz bzw. auf der sog. „Blauen Brücke“ am Mantel-Mahnmal.

An besonderen Jahrestagen wird das jährliche Programm um Sonderveranstaltungen ergänzt, so z. B. zum **75. Jahrestag der Deportation nach Gurs im Jahr 2015**, an dem das Kulturamt der Stadt Freiburg mit verschiedenen Kooperationspartnern eine Ausstellung mit Aquarellen und Zeichnungen aus dem Lager Gurs in der Meckel-Halle gezeigt hat. Diese Bilder, die die ehemalige Schweizer Rotkreuz-Schwester Elsbeth Kasser gesammelt hatte, haben sicherlich bei allen, die sie gesehen haben, einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Denn sie gaben einen ungeschönten Einblick in das grauenvolle Lagerleben. Sie waren aber zugleich auch ein Zeugnis für „Kunst als Überlebensmittel“.

Stellvertretend für die vielen oben genannten Institutionen und Vereine, die auf vielfältige Weise durch ihr Engagement in unsere städtische Zivilgesellschaft hineinwirken und das Erinnern lebendig halten, darf ich exemplarisch die Mitveranstalter des Jahrestags der Befreiung von Auschwitz benennen.

Zum Mitveranstalterkreis gehören regelmäßig das SWR-Studio Freiburg, die Israelitische Gemeinde Freiburg, der DGB Stadtverband Freiburg, die Deutsch-Israelische Gesellschaft, der Freundeskreis Freiburg-Tel Aviv-Yafo, Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V., die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, das Stolperstein-Projekt Freiburg, die Rosa Hilfe Freiburg, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Neben diesen Veranstaltungen werden von der Stadt Freiburg verschiedene Orte oder Denkmäler unterhalten, die für uns als „Topographie des Erinnerns“ unverzichtbar zum Freiburger Stadtbild gehören. Hierzu zählt unter anderem das **Gurs-Schild**, das wieder im Bereich des Platzes der Alten Synagoge aufgestellt werden soll (die städtische Kunstkommission hat sich am 23.11.2017 nochmals damit befasst), der **Mantel auf der Wiwili-Brücke**, das **Mahnmal für die Zwangsarbeiter** an der Stelle des ehemaligen Zwangsarbeiterlagers, die **Namenstafel der Deportierten in der Synagoge** und die **Namenstafel an der Lessing-Realschule**, der ehemaligen Zwangsschule für jüdische Kinder sowie an vielen Stellen in der Stadt die bekannten „**Stolpersteine**“ des gleichnamigen Projekts, welche in zahlreichen deutschen Städten an die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Gräueltums erinnern. Der **Stadtplan „Rundgang jüdisches Freiburg“**, den die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit 2015 in Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg und der Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe GmbH, einer Tochtergesellschaft der Stadt, herausgegeben hat, verweist konkret auf diese Orte des Gedenkens.

Im Oktober dieses Jahres ist zudem die große, von der Stadt Freiburg konzipierte und durchgeführte **Ausstellung „Freiburg im Nationalsozialismus“** im Augustinermuseum nach rund einem Jahr zu Ende gegangen. Anlässlich der Ausstellung hatte die Stadt Freiburg Zeitzeugen und deren Nachfahren nach Freiburg zum Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar 2017 eingeladen. Der Einladung nach Freiburg folgten rund 50 Überlebende und Zeitzeugen des NS-Terrors. Die Ehrengäste kamen aus Uruguay, Florida, Israel, Schweiz, Schweden, Großbritannien sowie aus verschiedenen weiteren deutschen Städten. Über 80.000 Besucherinnen und Besucher haben sich dabei intensiv mit dem damaligen Schrecken des Nazi-Terrors auseinandersetzen können. Ein Vorläufer dieser Ausstellung war der von der Stadt nachhaltig unterstützte Halt des Ihnen bestens bekannten „**Zug der Erinnerung**“ am Freiburger Hauptbahnhof im Jahr 2009, der mit thematischen Veranstaltungen an unterschiedlichen Orten in der Stadt begleitet wurde.

Unsere Ausstellung hat aktuell dazu geführt, dass alle im Gemeinderat vertretenen Fraktionen die Verwaltung gemeinsam mit der Erarbeitung einer ersten Konzeption für ein Dokumentations- und Informationszentrum als Lernort über Freiburg in der NS-Zeit beauftragt hat. Eine Idee, die ich unterstütze und eine Aufgabe, der ich gerne nachkommen werde.

Daneben erforschen seit vielen Jahren Schülerinnen und Schüler in der **Geschichtswerkstatt** der Lessing-Realschule die Geschichte ihrer eigenen Schule, die, wie bereits erwähnt, in der Nazi-Zeit die Zwangsschule für jüdische Kinder war.

Daneben wurde und wird in Freiburg auch viel über die NS-Zeit geforscht und in Verlagen veröffentlicht. Stellvertretend möchte ich hier die Arbeit unseres Stadtarchivs nennen, das in den letzten Jahren im Auftrag der Stadt zu verschiedenen „Opfergruppen“ in Freiburg intensiv geforscht und auch publiziert hat: etwa zu Zwangsarbeitern, Sinti und Roma und vor allem zur Geschichte der jüdischen Bürgerinnen und Bürger.

Neben diesen einzelnen Veröffentlichungen nehmen die NS-Verfolgungen auch großen Raum ein in der umfangreichen „Geschichte der Stadt Freiburg“ und in den beiden **Veröffentlichungs-Reihen des Stadtarchivs**. Ich verweise hier beispielhaft auf Kathrin Clausings Band „Leben auf Abruf“. Zur Geschichte der Freiburger Juden im Nationalsozialismus“ und in der sogenannten Neuen Reihe auf die Biographien von Max Mayer und David Maier. In der Schriftenreihe der Badischen Heimat erschien zudem erst vor wenigen Tagen die Aufsatzsammlung „**Freiburg im Nationalsozialismus**“ des Historikers und Leiters des Museums für Stadtgeschichte, Peter Kalchthaler und des Leiters der Städtischen Museen Freiburg, Dr. Tilmann von Stockhausen.

In der Konsequenz dieser Bemühungen ist auch die Untersuchung und Dokumentation der Umstände zu sehen, unter denen Menschen zur Zwangsarbeit nach Freiburg verschleppt wurden, unter denen sie lebten, litten und arbeiteten, sowie ihrer Behandlung als *Displaced Persons* nach dem Kriege. Dies waren Aufgaben eines im Jahre 2000 von der Stadt Freiburg initiierten und finanzierten Forschungsprojektes im Stadtarchiv. Der Gemeinderat der Stadt Freiburg beschloss nach Veröffentlichung der Projektergebnisse am 15.01.2001 und am 25.06.2002 eine städtische Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die im heutigen Stadtgebiet eingesetzt worden waren und die unabhängig von den Leistungen durch die Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" erfolgte. Im Mai 2003 kamen auf Einladung der Stadt zahlreiche dieser Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nach Freiburg.

Und schließlich möchte ich Ihnen das Buch „**Orte der Erinnerung – Wege der Versöhnung**“ unseres ehemaligen Oberbürgermeisters und Ehrenbürgers der Stadt Freiburg Dr. Rolf Böhme ans Herz legen. In dem 2007 erschienenen „Bericht“ schildert er den „Umgang mit dem Holocaust in einer deutschen Stadt nach 1945“ – gemeint ist natürlich Freiburg.

Selbstverständlich spielen in diesem Kontext der Beschäftigung mit unserer historischen Schuld auch die skandalösen Enteignungen sowie dubiosen „Vermögens- und Eigentumsübergänge“ eine wichtige Rolle. Ohne hier nun in die Tiefe gehen zu wollen, da dieses auch nach Ihrer Einschätzung für die „heutigen Irritationen relativ unbedeutend“ ist, möchte ich Sie darüber informieren, dass sich die Stadt in der unbedingten Verantwortung sieht und deshalb den Bau der Neuen Synagoge unterstützt hat. Die Stadt hat für den Synagogenbau bereits 1971 das damals mit 760.000,00 DM bewertete Grundstück unentgeltlich zur Verfügung gestellt. An den Baukosten von rd. 10 Mio. DM haben sich die Stadt mit 1 Mio. DM und das Land mit 3,5 Mio. DM beteiligt. Aktuell steht dringlich die Sanierung der Neuen Synagoge an, für die der Gemeinderat Anfang 2017 Mittel i. H. v. 640.000 Euro bewilligt hat.

Daneben unterstützen wir seit vielen, vielen Jahren ideell und finanziell das jüdische Gemeindeleben in Freiburg, u. a. durch einen jährlichen Zuschuss i. H. v. rund 50.000 € an die Israelitische Gemeinde.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich, dass die Stadt Freiburg am 31.05.2016 vom Botschafter des Staates Israel, Yakov Hadas-Handelsman, im Rahmen eines Empfangs in seiner Berliner Residenz zum Abschluss des Jubiläumsjahres „50 Jahre Diplomatische Beziehungen Israel-Deutschland“ für herausragende Verdienste und Projekte geehrt worden ist. Freiburg hat im gesamten Jahr 2015 mit Konzerten, Vorträgen, Diskussionen und Filmpräsentationen an die Geschichte der beiden Länder erinnert.

Insgesamt vergab der israelische Botschafter 50 Ehrenmedaillen, unter anderem an Dr. Norbert Lammert, den damaligen Präsidenten des Deutschen Bundestages, an den Bundesjustizminister Heiko Maas und an Frank-Walter Steinmeier, den jetzigen Bundespräsidenten in seiner früheren Funktion als Bundesaußenminister. Unter den geehrten Kommunen waren neben Freiburg auch Frankfurt und Leipzig.

Sehr geehrte Frau Klarsfeld, sehr geehrter Herr Klarsfeld, es ist mir ein sehr persönliches Anliegen Ihnen deutlich zu machen, dass sich die Stadt Freiburg ihrer Vergangenheit und der sich hieraus erwachsenden Verantwortung für die Erinnerung an die Verbrechen, die in der Zeit zwischen 1933 und 1945 geschehen sind, überaus bewusst ist. Ziel dieser Erinnerung ist nicht nur der Opfer von damals zu gedenken, sondern das Bewusstsein in der heutigen Generation wach zu halten, alles zu tun, dass sich solche oder auch nur ähnliche Verbrechen gegen die Menschlichkeit niemals wiederholen. Ich hoffe, dass mir dies mit diesem Schreiben zumindest ansatzweise gelungen ist.

Die Stadt Freiburg hat zur Erinnerung und zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus bereits Vieles getan. Ich kann Ihnen versichern, dass wir auch in Zukunft nicht müde werden, die Erinnerung an die Vergangenheit als Mahnung für die Zukunft wach zu halten.

Die eingangs ausgesprochene Einladung möchte ich gerne nochmals wiederholen, da es mir eine große Freude und Ehre wäre, Sie in Freiburg persönlich begrüßen zu dürfen.

Der Gemeinderat der Stadt Freiburg erhält Nachricht von diesem Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Dieter Salomon